

Protokoll

33. Sitzung (nicht öffentlich)

3. März 1988

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.50 Uhr

Vorsitzender: Abg. Schultz-Tornau (F.D.P.)

Stenographin: Niemeyer

Vor Eintritt in die Tagesordnung

a) Begrüßung eines neuen Ausschußmitgliedes

Als Nachfolger für den verstorbenen Abgeordneten Keymann begrüßt der Vorsitzende Herrn Abgeordneten Böcker von der Fraktion der SPD als neues ordentliches Mitglied im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung.

b) Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 1

Der Antrag der CDU-Fraktion, Punkt 1 der Tagesordnung heute nicht zu behandeln, wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Die CDU-Fraktion begründet ihren Antrag mit der nach ihrer Ansicht in der SPD-Fraktion und der Landesregierung noch nicht endgültig gefällten Entscheidung, die Fachhochschule Hagen zu schließen, was die Verabschiedung einer entsprechenden Regelung im Gesetz über Änderungen im Hochschulbereich unmöglich macht. Anlaß zu ihrer Vermutung bietet der CDU-Fraktion ein Brief des Ministerpräsidenten u. a. an den Rektor der Fachhochschule Hagen.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
33. Sitzung

03.03.1988
ni-sz

1 Gesetz über Änderungen im Hochschulbereich

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 10/2599

Zuschriften 10/1702, 10/1716, 10/1727, 10/1728,
10/1731, 10/1734, 10/1740, 10/1759,
10/1760, 10/1761, 10/1763, 10/1764,
10/1766, 10/1767, 10/1768, 10/1769,
10/1770, 10/1771, 10/1772, 10/1773,
10/1774, 10/1775, 10/1776, 10/1777,
10/1778, 10/1779, 10/1780, 10/1797,
10/1798, 10/1800, 10/1802, 10/1804,
10/1809, 10/1811

Beratung und Beschlußfassung zur 2. Lesung

Hauptdiskussionspunkte sind

- der Wunsch der CDU nach Verlängerung der Übergangszeit bei der Aufhebung der Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen der Universität - Gesamthochschule - Paderborn durch Zulassung von Einschreibungen über den Termin des Inkrafttretens des Gesetzes hinaus,
- die sich aus dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu Art. I § 3 des Gesetzes - Minden - ergebenden Auswirkungen für den Abteilungsstandort Minden,
- die rechtliche Zulässigkeit der Aufhebung der Fachhochschule Hagen sowie
- die Bedenken des Finanzministers bezüglich der laut einem Antrag der SPD-Fraktion gewünschten Einfügung eines neuen Artikels VI in den Gesetzentwurf.

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P., den Gesetzentwurf insgesamt abzulehnen, wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. negativ beschieden.

Der mit Anträgen von CDU und F.D.P. deckungsgleiche Antrag der Fraktion der SPD zu Art. I § 3 des Gesetzesentwurfs - Minden - wird mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion zu Art. II Nr. 1 des Gesetzesentwurfs - § 109 Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen - wird einstimmig so beschlossen.

Der Antrag der Fraktion der SPD zu Art. III Nr. 1 des Gesetzesentwurfs - § 1 Gesetz über die Fachhochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen - wird gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. mit den Stimmen der Mehrheitsfraktion angenommen.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
33. Sitzung

03.03.1988
ni-sz

Der Antrag der Fraktion der SPD zu Art. III Nr. 2 des Gesetzentwurfs - § 28 Gesetz über die Fachhochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen - wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. so beschlossen.

Der Antrag der Fraktion der SPD zu Art. IV des Gesetzentwurfs - § 53 Gesetz über die Kunsthochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen - wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Einfügen eines neuen Artikels VI - betrifft: § 7 Abs. 9 S. 1 Haushaltsgesetz 1988 - in den Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf wird mit den eben vorgenommenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Zum Berichterstatter wird der Vorsitzende ernannt.

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Studentenwerke im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2733

Beratung und Beschlußfassung zur 2. Lesung

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Zum Berichterstatter bestimmt der Ausschuß den Vorsitzenden.

Fortsetzung der Debatte "Vor Eintritt in die Tagesordnung".
hier: zu b): Brief des Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit der Schließung der Fachhochschule Hagen

Der Ausschuß setzt seine vor Eintritt in die Tagesordnung begonnene Debatte anhand des nunmehr vorliegenden Briefes des Ministerpräsidenten, gerichtet u. a. an den Rektor der Fachhochschule Hagen, fort.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
33. Sitzung

03.03.1988
ni-sz

- 3 Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Infrastruktur im Land Nordrhein-Westfalen und das Regierungshandeln unter Einschluß von Landesplanung und mittelfristiger Finanzplanung

Bericht der Landesregierung

Vorlage 10/1105 und

Vorlage 10/1238

Beratung der hochschulrelevanten Aspekte - insbesondere unter Einbeziehung von Punkt 3 der Vorlage 10/1238 - und ggf. Abgabe einer Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuß

Ausschuß und Ministerin einigen sich darauf, das Ministerium für Wissenschaft und Forschung möge Antworten auf die in Vorlage 10/1238 enthaltenen Fragen betreffend den Hochschulbereich erarbeiten und diese den Abgeordneten in den nächsten Tagen zuleiten.

- 4 Ostdeutsche Landeskunde

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 10/2342

Bericht des Ministers für Wissenschaft und Forschung und
Beratung

Die von seiten des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung geschilderten, bereits laufenden Aktivitäten an einzelnen Hochschulen und in anderer Form werden von der Fraktion der CDU als zur Erfüllung des in ihrem Antrag zum Ausdruck gebrachten Anliegens als nicht ausreichend bezeichnet.

- 5 Vierte Verordnung zur Sicherung der Aufgaben im Hochschulbereich

Vorlage 10/1479

Entscheidung über das weitere Verfahren

Der Ausschuß stimmt dem Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung eines Hearings gemäß § 33 der Geschäftsordnung des Landtages gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. zu.